

L-1 Unser Leben vor eure Profite! - Damit gute Arbeit für Alle endlich möglich wird

Gremium: Länderrat
Beschlussdatum: 05.07.2025
Tagesordnungspunkt: 2. Aktuelle politische Lage

Antragstext

1 Wenn die CDU in Zeiten von Burnout, Pflegenotstand und wachsender Armut die
2 Ansicht vertritt, Deutschland arbeite zu wenig und den acht Stunden Tag
3 abschaffen will, offenbart das nicht nur ein fundamentales Unverständnis der
4 Lebensrealität von Millionen Menschen, sondern auch eine tiefe
Geringschätzung gegenüber der Arbeit der vielen Menschen, die unsere Gesellschaft
am Laufen halten. Es ist ein Festhalten an einem Arbeits- und
Wirtschaftsmodell, das Mensch und Natur im fossilen Kapitalismus ausbeutet.

5 Das Arbeiten in Teilzeit-Beschäftigungen ist kein Luxus, sondern ein Diktat der
6 Notwendigkeit, Kinder erziehen oder Angehörigen pflegen zu müssen:
7 Eine Aufgaben, welche der Staat und die öffentlichen Einrichtungen immer noch
8 unzureichend wahrnehmen. In den letzten 70 Jahren ist die Produktivität
9 unserer Arbeitskraft kontinuierlich gestiegen und stagnierte erst in den
10 vergangenen Jahren. Trotz dessen ist die Einkommensungleichheit in den
letzten Jahrzehnten immer weiter gewachsen und die Armutsrisikoquote, ausgenommen
einiger Schwankungen, deutlich gestiegen. Das zeigt sich auch darin,
dass 10% der reichsten Familien in Deutschland, zwei Drittel des gesamten
Nettovermögen besitzen. Kurz gesagt: Obwohl aus unserer Arbeitskraft immer
mehr herausgeholt wird, geht es uns nicht wirklich besser und einige wenige
besitzen mehr als die breite Gesellschaft.

11 Während sich die gesellschaftlichen Herausforderungen also zuspitzen – von
12 sozialer Ungleichheit über Inflation bis zu prekären
13 Beschäftigungsverhältnissen bis hin zur eskalierenden Klimakrise, deren Folgen
14 die Ärmsten am härtesten treffen – kündigt auch der neue
15 Koalitionsvertrag einen gefährlichen Paradigmenwechsel an: Weg vom Schutz der
16 arbeitenden Menschen, hin zur Deregulierung des Arbeitsmarkts und einem
Festhalten an einem „fossilen Arbeitsmodell“, das die Zukunftsfähigkeit unserer
Gesellschaft gefährdet. Wichtige Errungenschaften der
Arbeiter*innenschaft - erkämpft von Gewerkschaften - werden in Frage gestellt.
Eine Vision für einen Sozialstaat, der gleiche Chancen für alle schafft

und Besitz gerecht verteilt, ist nicht nur weit entfernt, die Bundesregierung arbeitet aktiv dagegen.

17 Unter dem Deckmantel von "Flexibilisierung" und "Wettbewerbsfähigkeit der
18 deutschen Wirtschaft" wird ein Rückbau sozialer Errungenschaften
19 vorbereitet. Dies ist Teil einer breiten politischen Strategie, die den
Sozialstaat Schritt für Schritt zerschneiden will: durch Leistungskürzungen,
schärfere Zugangsregeln und den Ausbau prekärer Beschäftigung - zugunsten weniger
Reicher und zum Nachteil der breiten Gesellschaft.

20 Was hier verhandelt wird, ist also mehr als nur eine Debatte über
21 Arbeitszeitregelungen. Es geht um nicht weniger als um die Zukunft des
22 Sozialstaats.

23 Der Sozialstaat ist keine nostalgische Idee aus vergangenen Jahrzehnten, sondern
24 eine Grundbedingung für eine gerechte und demokratische Gesellschaft.
25 Er schützt arbeitende Menschen: vor Armut, vor Ausbeutung, vor dem sozialen
26 Absturz. Ein moderner, handlungsfähiger Sozialstaat muss aber auch die
27 ökologische Transformation sozial gerecht gestalten, die natürlichen
28 Lebensgrundlagen schützen und sicherstellen, dass Klimaschutz für alle bezahlbar
29 bleibt. Dazu gehören massive Investitionen in sozialen Wohnungsbau, kostenlose
30 Daseinsvorsorge und einen gut ausgebauten ÖPNV, um spürbare
Entlastungen für die breite Bevölkerung zu schaffen, anstatt Greenwashing für
Großkonzerne zu betreiben.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass die chronische Unterfinanzierung vieler
Kommunen – bedingt durch die Schuldenbremse – die
Handlungsmöglichkeiten des Sozialstaats massiv einschränkt. Solange die
Schuldenbremse gilt, können Kommunen nicht ausreichend in soziale
Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen investieren, was den sozialen
Zusammenhalt gefährdet. Deshalb fordern wir die Abschaffung der
Schuldenbremse, um den Sozialstaat vor Ort nachhaltig zu stärken.

31 Die Politik von Merz und Co. ist deshalb nichts Geringeres als Klassenkampf zu
32 Lasten der arbeitenden Bevölkerung. Als GRÜNE JUGEND stellen wir uns
dem entgegen!

33 Wir arbeiten nicht, damit einige wenige sich die Taschen voll machen können,
34 sondern kämpfen für das gute Leben für alle! Für uns steht deshalb fest,
35 dass wir nicht mehr Arbeitsstunden brauchen, sondern ein echtes soziales
Sicherungssystem, das von oben nach unten umverteilt und allen, unabhängig
von Herkunft oder Geschlecht, die gleichen Chancen ermöglicht.

36 Was wir politisch fordern:

37 1. Einen guten Mindestlohn für alle!

38 Gerade junge Menschen sind überdurchschnittlich häufig von unsicheren
39 Arbeitsverhältnissen betroffen – sei es durch befristete Verträge, unbezahlte
40 Praktika oder Jobs unterhalb des Mindestlohns. Solche Bedingungen schrecken ab
41 und lassen kaum Perspektiven für ein selbstbestimmtes Arbeitsleben. Der
42 Mindestlohn muss deshalb ohne Ausnahmen für alle gelten – auch für Minderjährige
43 – und in einer Höhe liegen, die ein Leben in Würde ermöglicht. Ziel
44 des Mindestlohns muss sein, dass niemand im Alter auf Sozialleistungen angewiesen
ist. Wir fordern daher die konsequente Umsetzung der EU-
Mindestlohnrichtlinie. Ein effektiver Mindestlohn und eine Untergrenze von
Arbeitsbedingungen soll außerdem durch eine staatliche Jobgarantie
geleistet werden. Bei dieser bietet der Staat jeder inländischen Person eine
Arbeitsmöglichkeit an, dass stärkt nicht nur die Macht der Arbeitnehmer,
sondern birgt auch psychische Probleme vor.

45 Viele Studierende arbeiten unter unsicheren und schlecht geregelten Bedingungen:
46 kurze Verträge, niedrige Löhne und kaum Absicherung. Wir fordern
47 deshalb faire Vertragslaufzeiten von 24 Monaten bei mindestens 40 Stunden pro
Monat, existenzsichernde Löhne ab 16,50 € (Zahlen nach TVStud),
Urlaubsanspruch, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und echte Mitbestimmung.

48 Außerdem soll in Unternehmen der Lohnabstand begrenzt sein, sodass die
49 Stundenlöhne höchstens um das Zehnfache auseinanderliegen. Kein Mensch leistet
50 so viel mehr, dass ein größerer Unterschied gerechtfertigt wäre. Wenn
Führungskräfte dennoch mehr verdienen möchten, sollten sie dafür sorgen, dass
auch ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an dieser Entwicklung teilhaben.

51 Staatliche Akteure sind hier ein besonderes Vorbild. Bei Ausschreibungen fordern
52 wir die Bundesregierung auf, ausschließlich Unternehmen mit
Tarifvertrag zu berücksichtigen und auf Landesebene setzen wir uns für einen
Landesmindestlohn ein.

53 2. Diskriminierungsfreie Arbeit und einen antirassistischer Sozialstaat

54 Migration ist eine Voraussetzung für einen zukunftsfähigen Gesellschaft– ohne sie
55 lässt sich der Fachkräftemangel nicht lösen und die soziale
56 Infrastruktur nicht erhalten. Doch Migrant*innen dürfen nicht länger als billige
57 Arbeitskräfte in prekäre Jobs gedrängt werden, sondern brauchen
gleiche Rechte und echte Teilhabe. Soziale Sicherheit, politische Mitbestimmung
und starke Arbeitsrechte müssen für alle gelten – unabhängig vom
Aufenthaltsstatus.

58 Integration heißt: Arbeitserlaubnisse ab Tag eins, Zugang zu Bildung,
59 Tarifverträgen und sicheren Aufhalten. Während sich im Wahlkampf darüber
60 gestritten wurde, wer am meisten abschiebt, zeigen Zahlen der Bundesagentur der
61 Arbeit, dass wir genau das Gegenteil brauchen. Demnach müssten wir

62 400.000 Menschen im Jahr aufnehmen, die hier leben und arbeiten wollen. Die
63 Zahlen machen deutlich, dass diese Form der Spaltung nicht das Leben der
64 Menschen besser macht, sondern die Gesellschaft aktiv schwächt. Arbeitskampf muss
aber auch immer queerfeministisch sein: Es braucht endlich das Recht
auf flexible Arbeitszeitmodelle, die sich nach den Bedürfnissen und Interessen
der Arbeiter*innen richten. Es muss hierbei klar sein, dass diese nicht
von Müttern* in Anspruch genommen werden sollten, sondern auch eine Kultur
geschaffen wird, in welcher Väter, männliche Angehörige und weitere
Bezugspersonen diese flexiblen Arbeitszeitmodelle nutzen, um Care-Arbeit
nachgehen zu können. Zudem fordern wir ein Recht auf Homeoffice.

65 Für uns ist aber auch klar: Der Gender Pay Gap muss endlich konsequent bekämpft
66 und alle Geschlechter endlich gleich bezahlt werden! Dies kann unter
67 anderem durch eine Erhöhung des Mindestlohns und durch eine Stärkung der
68 Tarifbindung erreicht werden. Zudem müssen Berufe, in denen vor allem Frauen,
69 Inter, Nicht-Binäre, Trans und Agender-Personen arbeiten, deutlich aufgewertet
werden und dementsprechend höhere Löhne gezahlt und bessere
Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Ein weiterer Schritt, die gleiche Bezahlung
von allen Geschlechtern endlich zu ermöglichen, ist eine
Novellierung des Entgelttransparenzgesetzes, um endlich umfassende
Lohntransparenz zu ermöglichen.

70 Als GRÜNE JUGEND kämpfen wir zudem gegen Ableismus und für mehr Barrierearmut in
71 der Arbeitswelt. Deshalb fordern wir, dass der Mindestlohn endlich
72 auch Menschen bezahlt wird, die in sogenannten "Werkstätten für behinderte
Menschen" arbeiten. Ebenfalls fordern wir, dass das Streikrecht sowie das
Recht Gewerkschaften zu bilden, auch auf Beschäftigte in den genannten
Werkstätten ausgeweitet wird.

73 Wir fordern zudem eine Erweiterung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes
74 (Antidiskriminierungsgesetz) und die Möglichkeit von Sanktionen bei
75 rassistischen, antisemitischen, sexistischen oder ableistischen Praktiken sowie
76 verpflichtende Antidiskriminierungs-Schulungen. Die rechte Hetze, die
gezielte Spaltung und Ausgrenzung fördert, gilt es entschlossen zu bekämpfen -
nur durch gemeinsamen Widerstand kann soziale Gerechtigkeit erkämpft
und der Sozialstaat für alle gerecht gestaltet werden.

77 3. Gute Ausbildung für alle!

78 Junge Menschen brauchen echte Perspektiven – und zwar unabhängig ob in
79 Deutschland geboren oder nicht. Alle sollten die Chance auf eine hochwertige
80 Berufsausbildung haben. Der zunehmende Fachkräftemangel ist kein Zufall, sondern
81 das Ergebnis politischer und wirtschaftlicher Versäumnisse: Viele
82 Unternehmen und Behörden haben jahrelang zu wenig ausgebildet und gleichzeitig
die Anforderungen an Bewerber*innen unnötig hochgeschraubt. Zudem fehlt
oft die Bereitschaft, Fachkräfte fair zu bezahlen und langfristig zu binden. Dazu

gehört eine Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung auf 80 Prozent der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütung.

83 Die Modularisierung von Ausbildungen, wie sie aktuell diskutiert wird, lehnen wir
84 entschieden ab – sie droht, die Qualität und den Anspruch
85 beruflicher Bildung zu verwässern und langfristig einen Zwei-Klassen-
86 Ausbildungsweg zu etablieren. Der unausweichliche sozial-ökologische Umbau
87 unserer Wirtschaft und die notwendige Dekarbonisierung stellen den Arbeitsmarkt
88 vor enorme Herausforderungen, bieten aber zugleich riesige Chancen.
Ganze Branchen werden sich wandeln oder verschwinden, während in Bereichen wie
der Elektrifizierung, der Nutzung regenerativer Baustoffe, der
Kreislaufwirtschaft und dem ökologischen Landbau neue, zukunftsfähige
Arbeitsfelder für gute und nachhaltige Arbeit entstehen. Um diesen Wandel zu
gestalten, brauchen wir eine Ausbildungsoffensive für die Aufgaben von morgen.

89 Besonders alarmierend: Weniger als jedes fünfte Unternehmen bildet heute noch
90 aus. Deshalb fordern wir eine umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie, bei
91 der alle Unternehmen in einen gemeinsamen Fonds einzahlen. So wird die Ausbildung
solidarisch getragen und die betriebliche Ausbildung gestärkt.
Deshalb fordern wir eine bessere Umsetzung der aktuellen Ausbildungsgarantie, die
durch einen solidarisch finanzierten Zukunftsfonds abgesichert ist.

92 4. Eine Reform der Arbeitslosengelder

93 Die Arbeitslosenversicherung ist ein zentraler Pfeiler sozialer Absicherung in
94 Deutschland. Doch mit der neoliberalen Agenda 2010 wurde sie
95 systematisch geschwächt. Unter dem Druck marktradikaler Narrative wurde der
96 Zugang zum Arbeitslosengeld I (ALG I) verschärft und damit viele Menschen
bewusst in die soziale Unsicherheit gedrängt. Es ist Zeit, diesen Kurs zu
korrigieren! Es braucht eine grundlegende Reform des ALG I, die sich an den
Bedürfnissen der Menschen orientiert – nicht an angeblichen Interessen des
Arbeitsmarktes.

97 Die Reformen der Agenda 2010 haben das ALG I zu einem Instrument der
98 Disziplinierung umgebaut. Statt solidarischer Absicherung steht heute das Prinzip
der Verwertbarkeit im Vordergrund. Wir fordern die Rückabwicklung dieser Logik
zugunsten eines modernen, sozialen Sicherungssystems.

99 Die Hürde, mindestens 12 Monate sozialversicherungspflichtig gearbeitet zu haben,
100 um ALG I zu erhalten, schließt viele prekär Beschäftigte
101 systematisch aus. Wir fordern die Verkürzung dieser Anwartschaftszeit auf 6
102 Monate, um auch Menschen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien ein Recht
103 auf Absicherung zu garantieren. Gerade ältere Menschen haben es schwer, nach dem
104 Verlust eines Arbeitsplatzes wieder in Beschäftigung zu kommen. Statt
105 ihnen am Ende der Erwerbsbiografie durch den Wegfall ihres Lohns und des

lohnersetzenden ALG I den Boden unter den Füßen wegzuziehen, müssen wir sie längerfristig absichern. Es braucht deshalb eine Mindestbezugsdauer von 24 Monaten für alle und eine Bezugsdauer von bis zu 32 Monate für Menschen über 55. Wer selber kündigt, darf nicht länger mit einer Sperrzeit bestraft werden. Wir fordern: Einen Anspruch auf ALG I auch bei einvernehmlicher oder einseitiger Kündigung – ohne Sanktionen!

106 Aber nicht nur die Arbeitslosenversicherung, sondern auch das Bürgergeld muss
107 dringend auf links gedreht werden. Das Bürgergeld sollte ein
108 sozialpolitischer Aufbruch sein – weg von den Repressionsinstrumenten des „Hartz-
IV“-Systems, hin zu mehr Solidarität und echter Teilhabe. Doch viele
Elemente alter Denkweisen haben überlebt und die Koalition aus Union und SPD
plant sogar wieder die Abschaffung des Bürgergeldes.

109 Wir als GRÜNE JUGEND sagen: Eine solidarische Grundsicherung darf nicht durch
Zwang, Sanktionen und Angst geprägt sein.

110 So ist die aktuell diskutierte Möglichkeit eines vollständigen Leistungsentzugs
111 bei sogenannten „Totalverweigerern“ verfassungsrechtlich mehr als
112 fragwürdig und sozialpolitisch unverantwortlich. Wir lehnen jede Form der
113 kompletten Streichung von Leistungen ab! Mehr noch: Wir fordern deshalb die
114 vollständige Abschaffung der Sanktionen im Bürgergeld. Sanktionen erzeugen
Misstrauen und setzen auf Kontrolle statt auf Kooperation. Sie bekämpfen
Armut mit noch mehr Armut – und setzen die falschen Prioritäten in der
Grundsicherung. Das Existenzminimum darf niemals zum Druckmittel werden, um
Menschen in prekäre Arbeit zu zwingen. Unterstützung muss bedingungslos ankommen
– ohne Angst vor Entzug.

115 Die neue Bundesregierung plant die Wiedereinführung des Vermittlungsvorrangs,
116 also der Pflicht, zumutbare Arbeit vor zum Beispiel Weiterbildung oder
117 Umschulung anzunehmen. Das ist ein Rückfall in alte Muster. Statt Menschen dabei
118 zu unterstützen, Perspektiven zu entwickeln und sich für die neuen,
119 nachhaltigen Arbeitsfelder der Zukunft zu qualifizieren, wird wieder kurzfristige
120 Verwertbarkeit über alles gestellt. Der notwendige Ausstieg aus
121 klimaschädlichen Industrien darf dabei nicht auf dem Rücken der Beschäftigten
122 ausgetragen werden. Es braucht Qualifizierungsoffensiven und Sicherheit
im Wandel, statt Menschen in unpassende Jobs zu zwingen, damit niemand durch den
Strukturwandel in Armut gerät. Die bisherigen Regelbedarfe sind zu
niedrig und werden auf Basis eines Methodensystems berechnet, das nicht
ausreichend in der Lage ist, Regelbedarfe zu bemessen, die dem
soziokulturellen Existenzminimum entsprechen. Statt minimaler Anpassungen fordern
wir eine grundlegende Reform der Regelbedarfsbemessung. Ziel muss
ein Betrag sein, der wirklich gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

123 5. Den Schutz des 8-Stunden Tages und eine 4 Tage Woche für alle!

124 Unsere Zeit ist kostbar. Doch während Millionen Menschen unter Stress,
125 Überarbeitung und psychischer Belastung leiden, wollen Union und SPD das
126 Arbeitszeitgesetz aufweichen und die werktägliche Höchstarbeitszeit abschaffen
127 und lediglich eine Obergrenze für die Wochenarbeitszeit einführen. Das
ist ein Angriff auf den täglichen Schutz unserer Gesundheit, unserer Freizeit und
unserer Lebensqualität. Unsere Antwort auf den Wandel der
Arbeitswelt ist nicht Deregulierung – sondern Arbeitszeitverkürzung!

128 Die tägliche Höchstarbeitszeit von 8 Stunden – mit Ausnahmen bis 10 Stunden – ist
129 ein zentrales Schutzinstrument für Arbeitnehmer*innen und einer der
130 wesentlichen Errungenschaften der Arbeiter*innenbewegung. Sie wurde nicht
131 eingeführt, um die Wirtschaft zu gängeln, sondern um Menschen vor
132 Überlastung und gesundheitlichen Schäden zu schützen. Deshalb fordern wir die
133 Einführung einer 4-Tage Woche bei vollem Lohnausgleich. Sie schafft Zeit
134 für Familie, Ehrenamt, Bildung, politisches Engagement. Sie ist aber auch ein
135 Beitrag zur ökologischen Transformation: Weniger Arbeitszeit bedeutet
oft weniger Pendelverkehr, einen geringeren Ressourcenverbrauch und mehr Raum für
nachhaltige, nicht-kommerzielle Tätigkeiten. Sie ist ein Schritt weg
von einer Gesellschaft, die auf ständiges Wachstum und Konsum ausgerichtet ist.
Wir lehnen jede Lockerung oder Abschaffung dieser Schutzgrenze
entschieden ab. Flexible Arbeitszeit darf nicht zur Dauererreichbarkeit oder
Selbstaussbeutung führen. Wir wollen Selbstbestimmung – nicht
Selbstaussbeutung.

136 6. Klimagerechtigkeit durch ein Klimageld schaffen!

137 Der sozial-ökologische Umbau unserer Gesellschaft ist dringend notwendig.
138 Klimaschutz darf aber nicht zum Luxusprojekt für Wohlhabende werden. Denn
139 Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit sind untrennbar miteinander verbunden.
140 Menschen mit geringem Einkommen, die am wenigsten zur Klimakrise
141 beitragen, sind häufig am stärksten von ihren Folgen betroffen, z.B. durch hohe
142 Energiepreise oder schlechte Wohnverhältnisse. Eine CO₂-Bepreisung ist
nur dann gerecht, wenn die Einnahmen direkt an die Bürger*innen zurückgegeben
werden. Wir fordern deshalb die Einführung eines antragslosen und sozial
gestaffelten Klimageldes für alle, das monetäre Anreize für klimafreundliches
Verhalten schafft, Umverteilung von Unten nach Oben verhindert und die
Akzeptanz für Klimaschutz signifikant erhöht.

143 Unsere politischen Forderungen zusammengefasst:

- 144 • Europäische Mindestlohnlinie endlich umsetzen und zeitnah den Mindestlohn
auf mindestens 16,50 Euro erhöhen

- 145 • Begrenzung des Lohnabstand in Unternehmen

- 146 • Sozial gerechter Klimaschutz durch ein sozial gestaffeltes Klimageld, das
147 die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung direkt an Bürger*innen
zurückverteilt!

- 148 • Eine Erweiterung des Antidiskriminierungsgesetz bei der Jobsuche mit
regelmäßigen Schulungen und Sanktionsmöglichkeiten gegen Arbeitgeber*innen

- 149 • Gute Ausbildung für alle mit solidarischer Kostenverteilung durch eine
150 umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie mit gemeinsamen Fonds von
Unternehmen

- 151 • Kein kompletter Leistungsentzug – Menschenwürde ist unteilbar! Die aktuell
152 diskutierte Möglichkeit eines vollständigen Leistungsentzugs bei
153 sogenannten „Totalverweigerern“ ist ein klarer Bruch mit dem Grundsatz des
154 menschenwürdigen Existenzminimums. Wir lehnen jede Form der
Streichung von Leistungen ab – sie ist verfassungsrechtlich fragwürdig und
sozialpolitisch unverantwortlich. Das Existenzminimum darf niemals
zum Druckmittel werden.

155 Und was können wir als Grüne Jugend tun?

- 156 • An der Seite der Zivilgesellschaft kämpfen und vernetzen: Neben
157 Demonstrationen zum 1. Mai gibt es im Jahr viele Möglichkeiten darüber
158 hinaus,
159 Gewerkschaften, Arbeiter*innen und Sozialverbände in ihrem Kampf zu
unterstützen. Das Beste, was wir als GRÜNE JUGEND tun können, ist deshalb
vor Ort Bündnisse zu schmieden, auf Demonstrationen gehen und zum Beispiel
mit den Jugendauszubildendenvertretungen und Jugendgewerkschaften vor
Ort zusammenarbeiten

- 160 • Öffentlichkeit nutzen: Ein wirksames Mittel, das wir haben, um auf
161 Missstände aufmerksam zu machen und für unsere Positionen zu kämpfen, ist
162 Öffentlichkeitsarbeit. Egal ob in einem Reel, als Plakataktion an der
nächsten Laterne oder etwas ganz anderes, Sichtbarkeit ist ein wichtiges
Mittel um Themen zu setzen.

- 163 • Bildungsarbeit: Um zu verstehen, warum es diese Kämpfe braucht, müssen wir
164 eine gemeinsame inhaltliche Grundlage schaffen. Dafür eignen sich
Aktiventreffen, Debattenorte oder sonstige Formate um sich mit dem Themen

eingehend zu beschäftigen.

- 165 • Verbündete für uns nutzen: Die Grünen können ein wichtiger strategischer
166 Partner sein, wenn es darum geht, unsere Ideen als politische
167 Forderungen in die Parlamente zu tragen. Dafür müssen wir im direkten
Gespräch und auf Mitglieder- bzw. Delegiertenversammlungen soziale Themen
in den Fokus setzen und konsequent dafür streiten.

168 Für uns als Grüne Jugend steht deshalb fest: Wir geben das gute Leben für alle
nicht auf und kämpfen konsequent für Umverteilung und Solidarität!